
PRESSEINFORMATION

STATEMENT FÜR DIE PRESSE

Berlin, 24. Februar 2022 - Aus aktuellem Anlass der kriegerischen Handlungen in der Ukraine sagt der DVGW-Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Gerald Linke mit Bezug auf die Gasversorgung in Deutschland:

„Die Ereignisse in der Ukraine erfüllen uns alle mit großer Sorge. In diesen Stunden sind unsere Gedanken an erster Stelle bei jenen Menschen, die den Auswirkungen von kriegerischen Handlungen direkt ausgesetzt sind und darunter zu leiden haben. Es gilt, militärische Gewalt umgehend zu stoppen!

In Deutschland stellen sich viele Menschen aus nachvollziehbaren Gründen die Frage, ob die Energieversorgung in unserem Land angesichts der dramatischen Ereignisse mitten in Europa gesichert ist und sicher bleiben wird. Wir sagen klar: Die Versorgung mit Gas ist aktuell nicht gefährdet, da der Bezug hierzulande im Vergleich zu anderen EU-Staaten einen hohen Grad an Diversifizierung aufweist. Zudem besitzt Deutschland die größten Speicherkapazitäten. Der Speicherfüllstand liegt derzeit bei 31 Prozent und ist saisonal vergleichbar mit den beiden Vorjahren.

Fakt ist, dass Deutschland in erheblichem Maße Erdgas aus Russland bezieht. Mit Blick auf die grundsätzliche Abhängigkeit Deutschlands durch hohe Importanteile, hat Bundesminister Habeck betont, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nun noch schneller vorangehen müsse. Diese Einschätzung teilt der DVGW. Auf unsere große Zustimmung stößt die Einschätzung des Ministers, dass die Integration von Wasserstoff als Energieträger kurzfristig deutlich Fahrt aufnehmen und einen sehr schnellen Hochlauf erleben werde.

Die Energiewende in Deutschland unter Einhaltung der Klimaschutzziele ist ohne Wasserstoff nicht möglich. Die dafür notwendige Infrastruktur

Kontakt:
DVGW-PRESSESTELLE

Lars Wagner
Tel. (030) 79 47 36 – 64

Sabine Wächter
Tel. (0228) 91 88 – 609

Josef-Wirmer-Straße 1-3
53123 Bonn

Büro Berlin:
Robert-Koch-Platz 4
10115 Berlin

presse@dvgw.de
www.dvgw.de

PRESSEINFORMATION

sowie das technologische Knowhow stellt die Gasbranche bereits heute bereit. Viele Anwendungen sind H2ready und können zukünftig zu einhundert Prozent klimaneutralen Wasserstoff aufnehmen. Dieses Potential gilt es nun zu nutzen und verbindliche politische Voraussetzungen zu schaffen. Kontraproduktiv – auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland mit Blick auf die Sozialverträglichkeit – wäre es, eine reine Elektrifizierung des Energiesektors anzustreben. Eine massive Reduktion von Gasanwendung zugunsten von Strom ist technisch illusorisch und volkswirtschaftlich verfehlt. Im Wärmemarkt und bei industriellen Prozessen wäre dies mit Blick auf die Systemstabilität ohnehin nicht umsetzbar.“

Antworten auf zentrale Fragen der Erdgasversorgung Deutschlands finden Sie unter <https://www.dvgw.de/gasversorgung-deutschland>

Der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen über 13.600 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftsträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der DVGW ist die im Energiewirtschaftsgesetz benannte Institution für Wasserstoffinfrastrukturen. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.